

**ZEIT FÜR NEUE  
PERSPEKTIVEN**



*Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz*

**TIERSCHUTZ  
ALLIANZ**



# Wahlprogramm

der Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz

**- TIERSCHUTZALLIANZ -**

für die Landtagswahl am 06.09.2026  
in Sachsen-Anhalt



## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten:

### **Josef Fassl**

Landesliste Platz 1  
und Direktkandidat  
Wahlkreis 11 -  
Magdeburg II



### **Aila Fassl**

Landesliste Platz 2



### **Enrico Richei**

Landesliste Platz 3  
und Direktkandidat  
Wahlkreis 10 -  
Magdeburg I



### **Ditmar W. Pauke**

Landesliste Platz 4



### **Elvira Ferchland**

Landesliste Platz 5



# **Menschenrechtler, Tierfreunde und Naturschützer wählen die Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz!**

---

## **Vorwort**

Mit der Gründung unserer Partei am 30. November 2013 wollen wir Menschenrechtler, Tier- und Umweltschützer für politische Mitarbeit gewinnen, um - getragen von Vernunft und Mitgefühl - ein friedliches Zusammenleben zu gestalten. Tierquälerische Massentierhaltung, unbegrenzter Tierhandel, Tierversuche... - daran hat sich seit Jahrzehnten kaum etwas zum Besseren verändert!

Auch nach dem Ausstieg werden künftige Generationen noch lange durch Braunkohlentagebau belastet werden. Unser Land wurde überzogen mit Massentierhaltungsanlagen, die in anderen Ländern längst unerwünscht sind. Skandale wie der Wahlbetrug in Stendal, der unser Land erschütterte, sind teilweise kennzeichnend für die etablierten Parteien. Es geht schlichtweg um Machterhalt. Folge der finanziellen Engpässe und eines Missmanagements sind sogar Kürzungen bei Hochschulinvestitionen, bei der Sicherheit, der Justiz, bei der Bildung und beim Finanzausgleich gegenüber den Kommunen. Damit werden weitere Zukunftschancen verspielt.

Nicht ohne Grund fühlen sich die Menschen von der Politik mit ihren Sorgen und Nöten im Stich gelassen und die aktuelle Debatte dreht sich nur darum, wie ein unliebsamer Konkurrent vom Futtertrog ferngehalten werden kann. Programminhalte spielen kaum noch eine Rolle, nur der Machterhalt steht auf der Agenda. Vormalig große Parteien betteln förmlich um Stimmen, um doch noch die 5 %-Sperrklausel zu überwinden und bringen plötzlich eine Absenkung auf 3 % ins Spiel, die wir und viele andere "sonstige" Parteien seit Jahren fordern, damit nicht jedes Mal 15 bis 20 % der Wählerstimmen einfach unter den Tisch fallen! Bislang hat das nicht interessiert, nun fällt es ehemals großen Parteien während ihres Sinkflugs auf die Füße. Andere europäische Länder setzen die Hürde viel niedriger an und haben dennoch eine funktionierende Demokratie!

Wir wollen diesen Teufelskreis durchbrechen. In unserem Land bedarf es dringend einer grundsätzlich neuen Weichenstellung.

**Es ist Zeit für neue Perspektiven!**

# **I. Tierschutz**

## **1. Ein ungeschränktes Verbandsklagerecht!**

Wo kein Kläger, da kein Richter. Leider protestieren berufene Vertreterinnen und Vertreter des Tierschutzes, wie bspw. Veterinärämter oder Tierärzte, nicht oder zu selten, wenn Tiere geschädigt werden. Das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen kann diese Fälle vor Gericht bringen, damit Gesetzesübertretungen endlich geahndet werden. Darum fordern wir einen eigenständigen Tierschutzartikel in die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt! Damit wäre endlich auch die entscheidende Voraussetzung geschaffen, der ausufernden Zunahme von „Tierfabriken“ wirksam entgegenzutreten zu können. Was im Naturschutz längst erreicht wurde, ist endlich auf den Tierschutz zu erweitern!

## **2. Die Abschaffung der industriellen Massentierhaltungsanlagen!**

An diesem Thema kommt niemand mehr vorbei! Mittlerweile ist dem letzten Ignoranten klar, dass selbst billige Lebensmittel ihren Preis haben: Den Preis der Qual - für Millionen von Tieren, die zusammengepfercht in Mastfabriken nur zu einem Zweck gehalten werden: Sie möglichst schnell wachsen zu lassen, möglichst fett ins Schlachthaus transportieren zu können, möglichst viele billige Fleisch“produkte“ aus ihnen herauszuholen und möglichst viel Profit aus ihrem kurzen traurigen Leben herauszuschlagen!

Es darf nicht sein, dass riesige Tierfabriken die landwirtschaftlichen Strukturen in unserem Land weiter zerstören und kleine landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin treiben. Dies vernichtet mehr Arbeitsplätze als dass neue entstehen!

Bezeichnend sind die wiederkehrenden Brände in den menschenleeren Fabriken. So kamen u. a. im April 2024 in Binde 20.000 Schweine bei einem Brand ums Leben, etwa 100 tote Kälber hat der Brand im Mai 2025 in Tuchheim zu verantworten und auch im Juli 2026 sind in Coswig 20.000 Schweine bei einem Brand qualvoll verendet. Der Tod von zehntausenden Schweinen aber ist nur eine Tagesnachricht und lässt die verantwortlichen Politiker kalt.

Wir brauchen ein radikales Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik. Lt. Angaben des Worldwatch Institutes sind die Emissionen aus der weltweiten „Nutztierhaltung“ mit über 50 % an der globalen Erwärmung beteiligt. Schweinefabriken produzieren Ammoniak, welches stark zur Verschlechterung des Waldzustandes führt! Die anfallende Gülle stellt nicht nur eine Geruchsbelästigung dar, sie gefährdet auch das Grund- und Oberflächenwasser. Mit Gölledüngungen gelangen Antibiotika, Schwermetalle und andere Stoffe über den Boden und das Grundwasser in die Nahrungskette. Darüber hinaus droht eine Übertragung von Bakterien und Viren kranker Tiere auf uns Menschen. Die riesigen Monokulturen für Mastfutter und zur Verwendung für nachwachsende Energieträger gefährden die Flora und Fauna in unserem schönen Land. Wir fordern Bauernhöfe, Biohöfe und ökologisch verträglichen Landbau statt Agrarfabriken!

### **3. Sachkunde statt Rassenwahn!**

Wer einen Hund aufnimmt, übernimmt die Verantwortung für sein ganzes Leben. Er braucht ausreichende Bewegung, Zuwendung durch die Menschen in der Familie, soziale Kontakte zu Artgenossen, gute medizinische Versorgung! Das setzt Zeit, finanzielle Mittel und vor allem ausreichende Kenntnisse über den neuen Mitbewohner voraus. Viele Hundehalterinnen und -halter haben aber nur ein geringes Einkommen, leben von der Grundsicherung oder beziehen eine kleine Altersrente.

Die Diskriminierung von Halterinnen und Haltern bestimmter Hunderassen ist eine Einschränkung der Grundrechte und muss endlich aufhören! Bundesländer wie Niedersachsen, Thüringen, Schleswig-Holstein haben aufgrund der Auswertung von Beißenfällen inzwischen wieder von Kampfhundelisten Abstand genommen. Auch Sachsen-Anhalt muss endlich diesem Weg der Vernunft folgen! Das Unglück, das die Hysterie ins Rollen brachte, war der Fall des kleinen Volcan in Hamburg, der von einem Hund, der von seinem drogensüchtigen Halter misshandelt und abgerichtet wurde, tödlich verletzt wurde. Dieses Kind hätte auch nach damaliger Rechts- und Gesetzeslage geschützt werden können! Hund und Halter waren bekannt, nur sind die zuständigen Behörden trotz alarmierender Hinweise der Bevölkerung nicht eingeschritten! Das tödlich verletzte Kind und daraufhin ganze Generationen von „Kampf“hunden mussten für das Versagen der Behörden büßen!

### **4. Bessere finanzielle Versorgung der Tierheime und finanziell schwacher Tierhalter!**

Drohte vor Jahren den Tierheimen in Bitterfeld und Weißenfels die Gefahr einer Schließung, gab es 2020 das endgültige Aus für die vereinsgeleiteten Heime in Salzwedel und Zerbst! Solche Schlagzeilen machen deutlich, dass sich die Lage unserer Tierheime dramatisch zuspitzt. Die Kommunen müssen die Vereine, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausstatten. Es kann und darf nicht sein, dass die Heime, von meist nur mit ehrenamtlich Helfern arbeiten, um Spenden betteln müssen. Wer einer Kommune deren Pflichtaufgabe abnimmt, darf nicht in die Rolle des Bittstellers gedrängt werden! Da aber viele Kommunen aufgrund ihrer angespannten finanziellen Situation eine Unterstützung oft nicht ausreichend leisten können, ist durch die nächste Landesregierung ein zeitlich befristeter Sonderfonds einzurichten, um das Überleben der Tierasyle auf breiter Basis zu gewährleisten! Dieser muss auch ermöglichen, dass für Tiere, die bei Eintritt einer finanziellen Notlage bereits im Haushalt leben, ein zeitweiliger Zuschuss gewährt werden kann. Niemand sollte gezwungen sein, ein in der Familie lebendes Tier allein aus finanziellen Gründen in ein Heim abschieben oder sich das Futter vom Munde mühselig abzuspargen und so selbst noch weiter ins soziale Elend abzurutschen. Der Verbleib im gewohnten Haushalt ist zudem kostengünstiger als die Betreuung in einem Tierheim.

### **5. Landesweite Katzenschutzverordnung!**

Für Katzen, die Zugang ins Freie haben, ist eine Kastrationspflicht unumgänglich. Paderborn als Vorreiterstadt einer Katzenschutzverordnung ist hier beispielgebend. Deren gesammelte Erfahrungen sind auszuwerten, ggf. Änderungen einzuarbeiten. Da Kommunen wie Magdeburg die Einführung einer Kastrationspflicht unter fadenscheinigen Begründungen ablehnen, muss das Land handeln! Der Gesetzgeber kann nicht länger die Augen vor der ständig wachsenden Population und dem daraus entstehenden Elend verschließen oder die Last und Verantwortung auf die lokalen Tierschützer abwälzen!



## **6. Regelung der Exotenhaltung!**

Seit Beginn der Corona-Pandemie ist vielen Menschen der Zusammenhang zwischen Zoonosen und dem Handel mit Wildtieren bewusst geworden. Durch schlechte Haltungsbedingungen werden Krankheiten begünstigt, die bei Kontakt auch auf den Menschen übertragen werden können. Affen, Schlangen, Schildkröten z. B. sind oftmals mit ansteckenden Darmparasiten wie Würmern oder Giardien infiziert. Viele Reptilien übertragen zudem Salmonellen, die vor allem für immungeschwächte Menschen und Kleinkinder gefährlich sein können.

„Der massive Anstieg an Importen beweist, dass wir keine Zeit mehr vergehen lassen dürfen und endlich ein Haltungsverbot für exotische Tiere in Privathand brauchen.“, so Jana Hoger für PETA Deutschland.

Aber trotz dessen, dass der Reptilienhandel die Ausbreitung gefährlicher Krankheiten fördern. Dennoch erlebt er während der Corona-Pandemie in Deutschland einen regelrechten Boom. Allein im Jahr 2020 wurden mehr als 350.000 Reptilien nach Deutschland importiert; das sind doppelt so viel wie im Vorjahr. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen, denn der illegale Handel mit bedrohten Wildtierarten ist eines der größten illegalen Geschäfte weltweit. Hinzu kommt noch der Handel mit Amphibien, exotischen Säugetieren etc. und die unkontrollierte Vermehrung in deutschen Haushalten. Dabei kann kein noch so schön gestaltetes Terrarium oder ein Käfig die natürlichen Bedürfnisse der sensiblen Tiere auch nur ansatzweise erfüllen.

In deutschen Haushalten leben ca. 300.000 Schlangen und eine unbekannte Zahl von Giftfröschen, Chamäleons, Affen u. a. exotische Tiere. Viele sterben auf dem Weg vom Fang- zum Zielort oder durch unsachgemäße Haltung, weil viele Käufer nur über ungenügende Kenntnisse hinsichtlich der aufwendigen und schwierigen Haltung verfügen. Auch die private Haltung des weißen Löwen "Mojo" in Zielitz machte Schlagzeilen, der plötzlich spurlos verschwunden ist! Jedes Jahr werden "Exoten" in deutschen Wäldern ausgesetzt und - z. B. im Falle von Giftschlangen - zu einer nicht zu unterschätzenden Gefahr für Menschen oder sie kommen dort elendig um. Der Handel mit ihnen ist einzustellen! Bisher eingeführte Tiere, die viel zu oft aus einer Laune heraus angeschafft wurden, weil es den vermeintlichen Tierfreunden zu leicht gemacht wird und die dann in Tierheime oder Auffangstationen abgeschoben werden, sind nur noch mit strenger Überwachung, Sachkunde, Sondergenehmigung in Privathände zu vermitteln!

Da die deutsche Regierung auch hier wieder das Problem auszusetzen versucht, ist die Einführung eines Haus- und Heimtierzuchtgesetzes auf Landesebene erforderlich, nach dem u. a. die Haltung „gefährlicher Tiere wild lebender Art“ in Privathaushalten seitens der Kommunen strenger zu überwachen sind!

## **7. Versuch's mal anders! - Förderung tierversuchsfreier Forschung mit dem Ziel der Abschaffung der Tierversuche!**

Die Organisation „Ärzte gegen Tierversuche“ widerlegte die angebliche Notwendigkeit von Tierversuchen für die Medizin. Tiere reagieren oftmals anders als Menschen. Ergebnisse aus Tierversuchen können nicht automatisch auf Menschen übertragen werden. Gerade durch diese Übertragung erfolgten bereits schwerwiegende Schädigungen von Menschen (Bsp. Contergan).

Die Qualen der Tiere stehen in keinem Verhältnis zu Tests in der Ausbildung, bei der Neuentwicklung von weiteren Kosmetika, den meisten Fällen der Forschung. Großteils werden die meisten Experimente wiederholt, obwohl die Ergebnisse längst bekannt sind. Eine kritische Überwachung findet selten statt. Es gibt eine direkte Versuchsindustrie, die einträglich davon lebt, Tiere im Namen der Forschung zu quälen und sterben zu lassen.

*„Die tierfreie Forschung hat in den letzten Jahren bewiesen, dass sie ein beeindruckendes Potenzial birgt. Es wäre unverantwortlich, die Chance zur Weiterentwicklung der biomedizinischen Forschung zu verschlafen. Die Forschungsförderung muss gezielt umgeschichtet werden, um Deutschland als Forschungsstandort zukunftsfit zu machen!“,* fordert der Bundesverband "Menschen für Tierrechte e. V." Wichtig seien nicht nur verbindliche Ziele und Ausstiegsdaten für die einzelnen Forschungsgebiete. Eine Gesamtplanung müsse auch ein Umsetzungsmanagement, eine konkrete Finanzierungsstrategie und ein Monitoring-System umfassen. Auch der Verein Ärzte gegen Tierversuche e. V., fasst zusammen: *„Sowohl wissenschaftlich als auch ethisch gesehen ist der Tierversuch ein Auslaufmodell. Deswegen ist es unverantwortlich, weiter auf die veraltete und ineffektive tierexperimentelle Forschung zu setzen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, den Ausstiegsplan zu entwickeln und die humanbasierten Methoden mit vereinten Kräften voranzubringen. Dies muss ein fester und verbindlicher Bestandteil der Parteiprogramme sein!“*

In einem ersten Schritt ist das Ausmaß der tatsächlich durchgeführten Tierversuche aufzudecken, ihre Haltungsbedingungen sind zu überprüfen und die Öffentlichkeit darüber aufzuklären und die Tierversuche im Studium zu verbieten. Vorbild hierfür waren Institute in der Ukraine wie Lwiw, Donezk, die durch Zusammenarbeit mit dem Verein „Ärzte gegen Tierversuche“ durch Bereitstellung von Computern und Unterrichtsmaterialien längst vor dem Krieg erfolgreich tierversuchsfrei ausbildeten.

Unsere nächste Landesregierung muss ihren Einfluss im Bund geltend machen, wenn es um Tierversuche geht. In unserem Bundesland kann sie als ersten Schritt Tierversuche im universitären Bereich und im Studium verbieten. Zudem darf die Ethikkommission, die über die Tierversuche entscheidet, nicht nur aus Wissenschaftlern, sondern auch mit Vertretern anerkannter Tierschutzverbände vertreten sein.

Mit dem für Intel geplanten Gelände verfügt das Land über eine hervorragend geeignete Fläche zur Ansiedlung innovativer Unternehmen aus dem In- und Ausland; Sachsen-Anhalt kann hier Vorreiter für eine ethisch fundierte Forschung des 21. Jahrhunderts ohne Tierqual werden.

## **8. Kein Populationsmanagement in Zoos/Tiergärten!**

Die Tötung „überzähliger“ Tiere - also aus wirtschaftlichen Gründen - unter dem Deckmantel eines Zuchtprogramms ist mehr als verwerflich. So geschehen im Zoo in Magdeburg. Tigerbabys, die nicht dem Zuchtziel entsprachen, wurden getötet, obwohl das Tierschutzgesetz auch für zoologische Einrichtungen gilt. Trotzdem wurde eine einfache und schnelle Lösung gesucht, um sich der Tiere zu entledigen. Solange es Zoos gibt, muss sichergestellt sein, dass diese sich nicht über geltendes Recht stellen! Zoologische Einrichtungen haben kein Privileg, gesunde Tiere im Zuge des Populationsmanagements zu töten!

Wir fordern die Einflussnahme unserer nächsten Landesregierung auf eine bundesweite gesetzliche Regelung, dass Zoos an Anzahl und Größe ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten für „überzählige“ Tiere hat und die Tötung aus wirtschaftlichen oder züchterischen Gründen strikt verboten wird.

## **9. Für ein Verbot der Tiere in der Unterhaltungsindustrie!**

Vergnügungen und Gelderwerb auf Kosten von Tieren lehnen wir grundsätzlich ab. Beim (Wild)-tierverbot in Zirkussen sind uns Länder wie Österreich, Schweden, Dänemark, Bulgarien, Belgien u. a. weit voraus bzw. planen die Umsetzung gerade. In Deutschland argumentiert man nicht selten mit den „leuchtenden Kinderaugen“. Die Begründung, womit sich Tierquälerei – nichts anderes ist es, wenn man Tiger zur Zuschauerbelustigung durch brennende Reifen springen oder Elefanten „Männchen machen“ lässt – noch immer mit einer vermeintlichen „Tradition“ oder den vielbeschworenen „leuchtenden Kinderaugen“ rechtfertigen lässt, bleiben die Befürworter schuldig. Niemand glaubt im 21. Jahrhundert noch ernsthaft, dass diese Tiere das auch freien Stücken machen!

Aktuelle Kartenvorverkaufszahlen und leere Zirkuszelte sprechen eine deutliche Sprache: Die Menschen haben erkannt, dass Dressurnummern nicht mehr dem heutigen Verständnis von Tierschutz entsprechen. Da sich die Bundesregierung nach wie vor nicht zu einem konsequenten Verbot von Tierdressuren in Zirkusunternehmen durchringen kann, fordern wir ein Ende der Tierquälerei auf Sachsen-Anhalts Grund und Boden und ein ausnahmsloses Auftrittsverbot für Zirkusunternehmen mit Tierdressuren im Programm auf allen landeseigenen Flächen! Zirkus bereitet nur Freude, wenn niemand leiden muss!

## **10. Nehmt die Jäger an die Leine! - Aufbau sich selbst regulierender naturreichhaltiger Gebiete!**

Wir fordern eine Novellierung des Landesjagdgesetzes von Sachsen-Anhalt, da viele Regelungen nicht mehr mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Nach wie vor werden Katzen und Hunde von Jägern erschossen, erschlagen oder in Fallen getötet, wenn sie sich nur einige hundert Meter von ihrem Zuhause entfernt und in freier Natur bewegt haben. All dies geschieht, obwohl laut repräsentativer Umfrage mehr als 2/3 der Bevölkerung von Deutschland der Jagd kritisch gegenüberstehen oder sie völlig ablehnen. Die Jagd in Deutschland ist ein Anachronismus und in der bestehenden Form abzuschaffen. Leider lassen sich immer noch Bürgerinnen und Bürger durch die starken, in der Gesellschaft verankerten Jagdlobbyorganisationen, beeinflussen. Jedoch ist Jagd weder sportlich noch romantisch und hat schon gar nichts mit Tierschutz und der viel gepriesenen „Hege und Pflege“ zu tun. Es zeugt von emotionaler Abstumpfung und geistiger Indoktrination, den primitiven Vorgang des Tötens eines wehr- und ahnungslosen Tieres mit dem Gewehr aus dem Versteck zu rechtfertigen oder zu preisen. Längst ist erwiesen, dass es in Naturschutzgebieten ohne Jagd nicht zu einer sprunghaften Explosion der Tierbestände kommt, sondern sich die Natur selbst reguliert. Der Aufbau solcher sich selbst regulierender möglichst naturreichhaltiger Gebiete muss vorrangiges Ziel sein. Voraussetzung hierfür ist zunächst eine sorgfältige Erfassung der Tierbestände und die Erforschung der natürlichen Selbstregulierung. Dieses Vorgehen ist auch bei dem Phänomen „Wildtiere in der Stadt“ dringend geboten. Der Mensch muss lernen, mit den Tieren zusammenzuleben. Die Natur ist nicht der Feind des Menschen, dem man mit der Flinte begegnen muss, sondern der Mensch ist nur Teil der Natur!

Mit Änderung des Bundesjagdgesetzes am 02.04.2026 kam der Wolf in das Jagdrecht. Betont wird zwar, dass die neue Regelung keine pauschale Freigabe zur Bejagung, sondern ein Instrument für verantwortungsvolles Bestandsmanagement sei. Doch schon steht die Forderung im Raum, das Wolfskompetenzzentrum aus Kostengründen aufzulösen. Die Verantwortung und die Ausarbeitung von Managementplänen jedoch muss beim Wolfskompetenzzentrum sein und darf nicht den Jägern überlassen werden.

## **II. Demokratie wagen – Bürgerinnen und Bürger fragen!**

### **1. Senkung der Hürde für kleine Parteien!**

Neuen Ideen in neuen Parteien muss eine Chance gegeben werden. Die 5 % -Hürde ist weit überzogen, Stimmen zehntausender Wählerinnen und Wähler Sachsen-Anhalts, die sich bewusst für eine kleine Partei entschieden haben, werden so entwertet. Problem ist jedenfalls derzeit die Indifferenz etablierter Parteien. Politische Mitbestimmung erfordert kleinere Hürden. Wir fordern gemeinsam mit anderen kleinen Parteien seit Jahren - Jahrzehnten! - die Senkung der Sperrklausel für den Landtag in Sachsen-Anhalt auf 3 %! Lächerlich und durchschaubar ist es, dass diese Forderung von ehemals großen Parteien erst aufgegriffen wird, wenn sie selbst unter die 5 % zu sinken drohen.

### **2. Senkung der Hürden für Bürger- und Volksentscheide!**

Die Politikverdrossenheit nimmt weiterhin stetig zu. Proteste, Demonstrationen, Bürgerbegehren und Volksentscheide sind wichtige Mittel der Demokratie und werden mehr und mehr wahrgenommen. Die Hürden für demokratische Mitsprache bei politischen Fragen sind extrem hoch angesetzt. Absichtlich, denn das Volk soll nicht mitentscheiden, geschweige denn mitregieren! Wir sind anderer Meinung - und haben längst bewiesen: Demokratische Mitbestimmung war in Magdeburg 2011 erstmals möglich: Mehr als 16.000 Bürgerinnen und Bürger hatten sich mit ihrer Unterschrift für einen Bürgerentscheid in der Frage des Nachbaus der Magdeburger Ulrichskirche ausgesprochen. Die Hauptinitiatoren für diesen Bürgerentscheid sind Vorstandsmitglieder unserer Partei, weil neben Tier- und Umweltschutz auch die Förderung von Demokratie und Bürgerentscheiden zu unseren Anliegen zählt und Basisdemokratie von uns nicht nur in Schönwetterreden bemüht wird.

Daher wollen wir die gesetzlichen Bestimmungen und Hürden für Bürgerbegehren und Volksentscheide in Sachsen-Anhalt vereinfachen und erleichtern. Auch die Einführung des Klagerechts für Tierschutzverbände dient der Einbeziehung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

### **3. Keine Angst vor jungen Wählerinnen und Wählern - Herabsetzung des Wahlalters!**

Politische Entscheidungen betreffen die Zukunft aller. Da die Gestaltung der Zukunft vor allem Kinder und Jugendliche betrifft, soll auch in Sachsen-Anhalt das Mindestalter für den Zugang zur Wahlurne herabgesetzt werden. In dem Alter werden wichtige Weichen für Beruf, Familie, gesellschaftliches Engagement gestellt.

Junge Menschen können ihre Interessen erkennen, artikulieren und begründen. Je eher sie an der politischen Willensbildung beteiligt werden, umso eher sind sie auch bereit, sich zu informieren, zu engagieren und mitzugestalten. Im Nachbarland Brandenburg ist das Wahlrecht ab 16 ein voller Erfolg. So lag bereits 2014 die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen mit 41,5 % deutlich über dem Durchschnitt in der älteren Wählerschicht der 18-24-Jährigen.

#### **4. Kleines Land - kleiner Landtag!**

Wir setzen uns für eine Anpassung des Landtags an die Bevölkerungsdichte ein. Während Niedersachsen mit seiner nahezu vier Mal höheren Bevölkerungszahl im Vergleich zu Sachsen-Anhalt mit 137 Abgeordneten auskommt, leistet sich Sachsen-Anhalt mit mindestens 83 - mittlerweile 97 - Abgeordneten einen überdimensionalen Landtag.

#### **5. Demokratie von unten!**

Wie in der Corona-Krise zu sehen ist, haben die örtlichen (Ober-)Bürgermeister die Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern auszutragen, wenn von Bund und Land widersprüchliche, mitunter nicht nachvollziehbare Anweisungen und Regelungen im fast täglichen Wechsel getroffen werden. Deutschland besteht nicht aus einem einzelnen Bundesland. Die Selbstverwaltung der Gemeinden ist im Grundgesetz garantiert. Dies ist ein geschichtlicher Vorteil gegenüber vielen zentral gesteuerten Staaten der Welt. Hier im ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderat ist die Bürgerschaft noch am besten mit einbezogen. Es ist geboten, die Kompetenz der Menschen vor Ort zu stärken und den Willen der Bürgerschaft zu respektieren.

#### **6. Lobbyismus? - Transparenz!**

Wir stehen der Beeinflussbarkeit von Politikerinnen und Politikern ebenso fassungslos gegenüber wie die Bevölkerung. Wir fordern, dass alle Treffen von Abgeordneten des Landtags mit Interessenvertreterinnen und -vertretern sind in einer öffentlich einsehbaren Liste einsehbar sein müssen. Wenn Vertrauen zurückgewonnen werden soll, MUSS Transparenz gelebt werden!

### **III. Bildungspolitik**

#### **1. Chancengleichheit**

Auch die aktuelle Landesregierung hat die Fehler ihrer Vorgänger fortgeführt und den ländlichen Raum zunehmend aufgegeben. Jede weitere pauschale Schulschließung stur nach Schülerzahlen ist abzulehnen. Ziel muss die Erhaltung der Schule in einer gewachsenen Gemeinschaft sein! Es ist jeweils individuell zu betrachten, ob die Schülerzahl in den Folgejahren nicht steigt oder gesteigert werden kann, z. B. durch Ansiedlung von Betrieben und daraus folgender Bevölkerungszunahme.

Fatal war und ist die Planung, die Finanzierung der Hochschulen zu kürzen. Diese Ausgaben sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes und unserer Kinder. Unsere Studierenden, unsere Hochschulabsolventinnen und -absolventen sind die kreativen Köpfe, die wir brauchen, um unser Bundesland endlich voran zu bringen.

Jedem Menschen ist - unabhängig von seiner sozialen Herkunft – nach seinen Fähigkeiten der freie Zugang zu allen Bildungseinrichtungen zu ermöglichen. Wir sind sehr wohl für die Beibehaltung der Bildungskompetenz der Länder, fordern aber bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen!

Man erwartet Mobilität, Arbeitsuchende sollen sich auch in anderen Regionen bewerben. Wenn sie dann aber ihre Familien nachholen, stehen sie oft vor dem Problem, dass die Schulbücher nicht mehr aktuell sind, die Rechtschreibung nach einem anderen System erlernt wird, völlig andere Fremdsprachen gelehrt werden und eine Eingliederung der Kinder nur mit Schwierigkeiten möglich ist.

Daher ist eine unserer Forderungen für eine Chancengleichheit unserer Kinder und Jugendlichen: „Schluss mit dem Chaos „16 Bundesländer – 16 verschiedene Schulsysteme“ in der Schullandschaft! Kein Aktionismus in der Bildungspolitik: Jeder der Schnellschussversuche - ob Förderstufe, Abitur nach 12, 12 ½ oder 13 Jahren etc. – ging bisher daneben. Immer wieder sind neue Modelle im Gespräch, jede Partei bastelt an neuen Versuchen. Schlimmstenfalls wird alle fünf Jahre nach Landtagswahlen wieder das System geändert, und weder Schüler noch Lehrpersonal noch Eltern kommen zur Ruhe.

Ob nun gemeinsames Lernen für vier, sechs, acht oder zehn Jahre, das dreigliedrige Schulsystem, Abschaffung der Hauptschule etc. etc. ein Allheilmittel gegen ein schlechtes Abschneiden im Ländervergleich ist, darf nicht überhastet in immer wieder neuen Modellen getestet werden. Bildung bedarf Kontinuität, Vertrauen und Sicherheit.

Alle sprechen von Umweltschutz, von der Vernichtung der Regenwälder, von den Auswirkungen der Massentierhaltung auf das Klima, von der Zerstörung der Weltmeere. In der Schule aber sind diese brisanten Themen noch nicht flächendeckend angekommen. Wir halten daher die Einführung eines umfassenden Themenbereichs „Umwelt- und Tierschutz“ als verpflichtender Bestandteil des Unterrichts für zeitgemäß und überfällig!

Die Verlierer im Berufsleben sind meist Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien. Das deutsche Bildungssystem trägt somit eine große Mitschuld, wenn Kinder und Jugendliche nicht mit gleichen Chancen ihren Lebensweg antreten können, weil die wirtschaftliche Benachteiligung nicht kompensiert und damit keine Chancengleichheit für alle geschaffen wurde. Der Staat hat Geld für marode Banken, aber spart bei unseren Kindern!

Die Quote der Schulabbrecher liegt in Sachsen-Anhalt weit über dem Bundesdurchschnitt. Es ist nicht im Ansatz zu sehen, wie dieser Missstand von den bisherigen Regierungsparteien beseitigt werden soll.

## **2. Inklusion endlich umsetzen!**

Inklusion wurde 2006 in der UN-Behindertenkonvention auch von Deutschland verbindlich beschlossen. Über die Umsetzung wird heute nicht einmal mehr gestritten, das Thema wird schlichtweg verschwiegen. Welches Armutszeugnis! Inklusion ist der richtige Weg, Kinder mit Behinderung auf ein möglichst normales Leben inmitten der Gesellschaft vorzubereiten. Wir haben aber eine Politik der leeren Worthülsen erleben müssen. Es fehlt an der Ausbildung, dem versprochenen Betreuungspersonal, das vorhandene Personal wurde allein gelassen. Es ist letztlich zweitrangig, an welchem Ort Inklusion erfolgt; das Wichtigste wäre, nicht immer neue Schulmodelle zu schaffen, ohne sie gründlich vorzubereiten.

### **3. Nachhilfe mittragen!**

Die Kosten für Nachhilfeunterricht für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen Familien sowie sonstige Fördermaßnahmen müssen von Land und/oder Kommunen bis zu einem gewissen Grad mitgetragen werden. Unsere Kinder dürfen im Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt nicht die Leidtragenden durch die verfehlte Bildungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte in Sachsen-Anhalt sein!

## **IV. Gesundheitspolitik, Krankenhausoffensive, Notfallmedizin**

### **1. Neugestaltung des Gesundheitssystems**

Menschen dürfen nicht in Kataloge gesteckt, Hygiene nicht nach Stoppuhr hergestellt und Krankenhäuser nicht wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden. Es ist grundlegende Pflicht des Staates, die Gesundheitsfürsorge für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. So, wie seit den 1970er Jahren systematisch die Zahl der Verkehrstoten durch gezielte Sicherungsmaßnahmen gesenkt werden konnte, brauchen wir ein neues Bewusstsein für die Einmaligkeit und den Wert des einzelnen Lebens und den Erhalt seines gesundheitlichen Bestzustandes. Wir fordern verpflichtende Mindestanforderungen in der Notfallmedizin, Hygienefachkräfte an allen Krankenhäusern und strengere Kontrollen und empfindliche Strafen bis hin zur Schließung ganzer Abteilungen, wenn durch wirtschaftliches Interesse das Leben der Patientinnen und Patienten durch tödliche Krankenhauskeime riskiert wird.

Die Notaufnahmestellen müssen verpflichtend Mindestanforderungen erfüllen. Durch ein gleiches Einschätzungssystem wird ein gleicher Behandlungsstandard gesichert. Hierzu zählen wir eine standardisierte Ersteinschätzung durch Pflegepersonal, eine zeitnahe Diagnostik durch Ärzte und die ständige Anwesenheit eines speziell geschulten Teams. Wo dies noch immer fehlt, ist das Sicherheitsrisiko für die Patientinnen und Patienten besonders hoch.

### **2. Senkung von Todeszahlen durch Krankenhauskeime!**

Wenn wirtschaftliches Interesse über den Gesundheitsschutz regiert, wer Sauberkeit nach Stoppuhr und Bevorzugung von Billiganbietern im Reinigungswesen über die Gesundheit des Menschen stellt, verliert seine Behandlungskompetenz. Katastrophale Zustände an einigen deutschen Krankenhäusern führten lt. Gesellschaft für Krankenhaushygiene zu 20.000 Todesfällen jährlich, wobei die Dunkelziffer auf 40.000 geschätzt wird! Hinzu kommt die Schädigung durch zunehmende Resistenz durch maßlosen Missbrauch von Antibiotika in der Massentierhaltung. Immer öfter kann Menschen nicht mehr geholfen werden.

Alle Krankenhäuser benötigen Hygienefachkräfte und Pflegekräfte mit solider Ausbildung - also nicht nur im Wochenendseminar erworbenes oberflächliches Wissen. Die Gesundheitsämter müssen mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden, die notfalls auch ganze Abteilungen oder Kliniken schließen dürfen. Strengere Kontrolle und empfindliche Strafen sind erforderlich, damit nicht nur der Rotstift regiert.

Da ein enger Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Gesundheitspolitik besteht, fordern wir gemeinsame Zuständigkeiten für Landwirtschaft, Gesundheits- und Umweltpolitik ähnlich dem niederländischen Modell. Der Kostenaufwand für den Kampf gegen die tödlichen Keime beträgt in den Niederlanden nur 1 - 1,5 % des Krankenhausetats. Dieser geringe Aufwand genügt, um mögliche Schäden durch Schließungen verseuchter Abteilungen zu verhindern und viele Menschenleben zu retten.

### **3. Vorsorge treffen!**

Die nächste Pandemie kommt bestimmt... der Mensch wird mit der weltweiten Ausbeutung der Tier- und Naturwelt schon dafür sorgen. Corona bedarf einer grundsätzlichen Auswertung; speziell daraufhin, wie künftig schneller die Verbreitung gestoppt bzw. verringert werden kann. Man kauft auch nicht erst ein Feuerwehrauto, wenn es bereits brennt. Einerseits ist Sorge zu tragen, dass erforderliche Maßnahmen schnell und unbürokratisch umgesetzt werden können. Andererseits ist eine Infrastruktur aufzubauen, die die Verbreitung von Viren und Keimen erschwert. Dies beginnt beim verpflichtenden Einbau kontaktloser Armaturen bei Neu-, Um- und Renovierungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Ämtern, Belüftungsmöglichkeiten, verpflichtender regelmäßiger Hygiene-Schulung auch für Lebensmittelmärkte, v. a. aber ein Paradigmenwechsel hinsichtlich industrieller Tierhaltung als Brutstätte für Zoonosen. 70 % neu auftretender humaner Infektionskrankheiten stammen von Tieren; die industrielle Massentierhaltung wirkt als Sammelstelle und Übertragungsbrücke (Menschen für Tierrechte e. V.).

## **V. Kinderschutz**

Ungehinderter Zugang zum weltweiten medialen Netz hat neben all seinen Vorteilen auch die Kehrseite: Ungehinderter Zugang zu pornografischen und/oder Gewalt verherrlichenden Materialien bleibt nicht bei allen Konsumenten folgenlos. Es entstand eine Gewaltspirale gegenüber Kindern, die unterbrochen werden muss. Der Kinderschutzbund alarmiert und fordert, dass Kinder gewappnet sein und wissen müssen, wie sie sich in kritischen Situationen verhalten sollen. Kinder für den Ernstfall zu trainieren, in dem sie sich zur Wehr setzen können, kann keine Aufgabe sein, die allein auf den Schultern Ehrenamtlicher lastet oder an den Geldbeutel der Eltern gekoppelt ist.

Wir müssen bereits im Kindergartenalter die Jüngsten lehren, stark zu wirken und schwaches "Nein" in ein glaubhaftes "Nein" zu verwandeln. Vor allem im Bereich der sexualisierten Gewalt suchen sich Täter meist Kinder mit geringem Selbstbewusstsein heraus. Rund 80 % der Übergriffe auf Kinder geschehen durch eine Vertrauensperson. Kinder in die Lage zu versetzen, in kritischen Situationen innerhalb weniger Sekunden eine Entscheidung zu treffen, wie es sich zum eigenen Schutz bestmöglich verhalten muss.

Die Sensibilisierung der Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, da bereits mehr als jedes 8. Kind unter zehn Jahren negative Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt erfahren musste. Zudem führt selbst erlebte Gewalt im Kindesalter oftmals dazu, dass diese später selbst zu Tätern werden. Wer hier aus falsch verstandener Sparsamkeit auf umfassende Präventionsmaßnahmen verzichtet, zerstört nicht nur Kinderseelen, sondern sorgt schlimmstenfalls auch für eine nächste Tätergeneration.



## **VI. Sicherheit, Justiz und Kriminalitätsbekämpfung**

Freiheit kann nur gewährleistet werden, wenn der Staat für Sicherheit sorgt. Den Ruf nach einer Erleichterung des Waffenbesitzes teilen wir nicht. Vielmehr muss sich die nächste Landesregierung dafür einsetzen, dass sich die Bevölkerung so sicher fühlen kann, dass niemand einen privaten Waffenbesitz überhaupt für erforderlich hält.

In der Welt, die wir uns vorstellen, können Kinder auch unbeaufsichtigt auf Spielplätzen toben und Frauen nachts allein durch den Park gehen. Daher ist konsequent gegen auch die Anfänge der Kriminalität, insbesondere auch der Jugendkriminalität, zu steuern.

Allgemein empfinden wir - wie viele Bürgerinnen und Bürger – ein gravierendes Missverhältnis zwischen Opfer- und Täterschutz. Die Rechte des Täters sind selbstverständlich rechtsstaatlich zu wahren. Wo aber ist die staatliche Hilfe für Opfer? In erster Linie haben diese einen Anspruch darauf, dass Straftaten zügig und umfassend aufgeklärt und mit einem angemessenen Urteil abgeschlossen werden. Die Wahrung des Rechts darf nicht an mangelnder finanzieller Unterstützung scheitern!

Lt. Zahlen des Innenministeriums für das Jahr 2023 vergehen durchschnittlich 24:43 min, bis die Polizei vor Ort ist. Damit war die Polizei 16 sec langsamer als im Jahr zuvor. Bei Einsätzen, bei denen Gefahr für Leib und Leben besteht, waren es z. B. im Landkreis Börde durchschnittlich 17:55 Minuten. Das sind 17 Min und 55 sec Angst! Weite Anfahrtzeiten in einem flächenmäßig großen Landkreis dürfen aber kein Grund sein, das Leben von Menschen so lange in Gefahr zu lassen! Daher unterstützen wir die Forderung der Gewerkschaft der Polizei, dass die Versäumnisse des letzten Jahrzehnts aufzuarbeiten sind und für eine weitere Aufstockung der Beamtinnen und Beamte zu sorgen ist. Die Streifenbereiche müssen wieder konsequent besetzt und in der Lage sein, schneller am Unfall- oder Tatort zu sein.

Justiz und Exekutive verdienen den Respekt, der zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Wer z. B. Polizeibeamte angreift und anspuckt, greift unsere Sicherheit an!

Die Ausbildung der Richterinnen und Richter ist zu modernisieren. Die Gefahr von systembedingten Fehlurteilen ist durch praxisnähere Ausbildung (in Zeugenvernehmung, Soziologie, Psychologie, Begleitung von Polizeieinsätzen) zu senken.

Das Land muss sich stark engagieren, dass bundesweit Hassverbrechen so geahndet werden, dass es auf potentielle Mitläufer und Nachahmer abschreckend wirkt. Irgendwann kann man die Gewaltspirale nicht mehr nur verwalten, man muss endlich fähige Konzepte entwickeln und umsetzen.

Besondere Aufmerksamkeit ist Übergriffen und Straftaten Heranwachsender zu widmen. Bei sofortiger konsequenter Reaktion besteht noch die Möglichkeit, einen jungen Menschen in die Gesellschaft zurückzuholen. Mit einer Duldung wird einem kriminellen Lebenslauf Vorschub geleistet. Eine Strafe, die beim Täter keine Aufmerksamkeit mehr erwecken kann, ist keine Strafe! Strafen müssen angemessen, als solche aber auch noch erkennbar sein. Das ist man auch den Opfern und ihren Angehörigen schuldig!

Respekt dem erlittenen Schaden einem Opfer bzw. seinen Hinterbliebenen gegenüber macht es unerlässlich, dass unverzüglich dem drohenden Kollaps in der Justiz entgegengewirkt wird. Seit Jahren alarmieren Richterinnen und Richter wegen der Überalterung und dem ausbleibenden Nachwuchs. Es wäre ein unhaltbarer Zustand, wenn Straftaten nicht mehr geahndet werden können, weil aus der Personalnot heraus gesetzliche Fristen nicht mehr eingehalten können und Verfahren platzen.

Wir fordern: Konsequente Strafverfolgung! Mehr Opferschutz! Präventive Maßnahmen! Solide finanzielle Ausstattung von Polizei und Justiz! Chance auf Neubeginn für Inhaftierte durch gezielte Maßnahmen – Therapien. ABER: Keine Kuscheljustiz!

## **VII. Verkehrspolitik**

### **1. Modellversuch "Kostenloser ÖPNV"**

Die Möglichkeiten des Verkehrs (Bahn, PKW, Rad, Schiff, Flugzeuge) haben Menschen und Orte in aller Welt zusammen gebracht und im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrhunderten ungeahnte Chancen zur Selbstverwirklichung eröffnet. Diese Chancen sind in Einklang mit dem Umweltschutz und möglichst sparsamen Umgang mit Ressourcen zu bringen.

Viele Menschen fahren auch nicht zum Spaß mit dem Auto zur Arbeit, sondern weil es weltweit massiv so gefördert und angelegt wurde. Wer täglich zum Arbeitsplatz pendeln und zwei Stunden auf einen Bus warten muss, wird derzeit trotz zunehmendem Umweltbewusstsein kaum umsteigen. Wenn wir aber zu einer Infrastruktur zurückkehren, die es möglich macht, den Weg mit Rad und ÖPNV in zeitlich überschaubarem Rahmen zu koordinieren, wird dieses Angebot auch ohne Drangsalierung zunehmend angenommen. Für die Nutzung des PKW kann es viele Gründe geben: Schwer zu transportierende Geräte, Gehbehinderungen, Termine... Die Forderung einiger Parteien nach Verengung der Hauptverkehrsstraßen ohne Schaffung von Alternativen, für die eigentlich einst die "Ökosteuer" eingeführt wurde, geht von der falschen Prognose aus, dass der Verkehr in der Innenstadt durch Zwang abnehmen wird. Bereits bei kleinsten Störungen oder im Feierabendverkehr sind dann lange Stauzeiten mit entsprechender Zunahme an Abgasen zu erwarten.

Nach der Wende hatten viele Menschen einen Nachholbedarf an privater Mobilität. Sie genossen die neue Freiheit, einen PKW vor der Tür zu wissen, auf den sie nicht ein Jahrzehnt warten mussten und der jederzeit verfügbar war. Umweltschutz stand damals nicht hoch im Kurs. Inzwischen hat sich das Bewusstsein vieler Menschen geändert. Man will nicht mehr mit dem Auto zum Bäcker um die Ecke, man nimmt das Rad oder möchte die Bahn nutzen. Stünde da nicht die unentwegte Preisschraube im Weg. Die Alternative „Öffentlicher Nahverkehr“ hat sich derart verteuert, dass viele Bürgerinnen und Bürger inzwischen lieber zu Fuß gehen oder überhaupt nicht mehr in die Innenstädte fahren. Das Angebot der Verkehrsbetriebe ist grundlegend zu verbessern. Statt also einerseits die Autofahrenden zu gängeln und andererseits die Preisschraube für die Öffentlichen Verkehrsmittel immer mehr nach oben zu drehen, sollte Sachsen-Anhalt eine der Großstädte bei einem Modellversuch für Kosten/Nutzen/Auswirkungen eines kostenlosen Nahverkehrs unterstützen.

Magdeburg hat sich für die Einführung eines kostenlosen Schülertickets entschieden. Das ist zwar löblich, hat aber keinerlei Einsparungspotential. Fahrkarten für alle anderen Nutzerinnen und Nutzer werden weiterhin gedruckt und verkauft, die Bezahlung kontrolliert, fehlende Zahlungen angemahnt...

Unsere Städte sind weit von dem entfernt, was in vielen Kommunen in anderen Bundesländern "Stau" genannt wird. Auch die Parkplatzsituation ist längst nicht so angespannt wie in vielen - vorwiegend westlichen - Städten. Ein gut ausgebautes Nahverkehrsnetz ist vorhanden. Wir halten daher eine unserer Großstädte - Magdeburg, Halle oder Dessau - für einen Modellversuch prädestiniert sind, von dem ganz Deutschland profitieren könnte. Wer ohne langes Warten kostenlos zum Arbeitsplatz fahren kann, wird sich die Nutzung des eigenen PKW überlegen. Die ausgewählte Kommune kann als innovative, moderne Stadt punkten, sowohl den CO<sup>2</sup>-Ausstoß als auch Parkplatznot verringern und zudem Gelder durch Vergrößerung der Sanierungsintervalle des Straßenbelags Gelder einsparen. Einzuholen hierzu ist ein Gutachten, das die Kosten unter Berücksichtigung möglicher Fördergelder den Einsparungen (Straßensanierungen, Fahrscheindruck und -verkauf, Kontrollen, Mahnschreiben, Bestückung und Wartung der Fahrscheinautomaten bzw. den Ersatz der vielen gesprengten Automaten...) gegenüberstellt und die positiven Auswirkungen auf Stadtklima, Tourismus und Ansehen der Stadt haben wird.

## **2. Förderung eines Verbundsystems Schiene-Straße!**

Auch, um dem täglichen Irrsinn durch Staus und Unfällen auf unseren Straßen entgegenzuwirken, sollte vor allem der LKW-Verkehr zunehmend auf den Schienenverkehr verlagert werden. Durch die Privilegierung regionaler Erzeugnisse können und sollen lange Transportwege vermieden werden. Für 2030 wird eine Zunahme von weiteren 40 % an LKW-Verkehr prognostiziert. Dem muss entgegengewirkt werden, indem das Schienennetz massiv ausgebaut wird. Giga-Liner sind eine weitere Sicherheitsgefahr und abzulehnen. Dafür ist das Verbundsystem Schiene-Straße zu fördern.

## **VIII. Wald, Umwelt, konsequente Agrarwende**

Wer - wie der CDU-"Fach"mann Bernhard Daldrup den Organismus "Wald", wie ihn Peter Wohlleben in seinen Büchern beschreibt - als "ökosozialistisches Paradies" verunglimpft, hat nichts von den Herausforderungen und Problemen, denen der Wald unter den verschärften klimatischen Bedingungen ausgesetzt ist, verstanden. Mit der Folge, dass neu aufgeforstete Monokulturen wieder zum Absterben verurteilt werden. Wirtschaftswald und Forst sind keine Gegensätze. Notwendig ist es, aus den Kenntnissen wirklicher Fachleute zu lernen, um einen widerstandsfähigen Wald aufbauen zu können.

Der Schutz der Umwelt ist kein kostspieliger Luxus, sondern langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen. Außer Kontrolle geratene Genmanipulationen sind endgültige Eingriffe in ausgewogene komplexe natürliche Lebensgrundlagen, die nach unserer Vorstellung sogar gefährlicher sein können als Schäden durch Atomkraftwerke!

Unter Umweltschutz verstehen wir auch eine schonende Bewirtschaftung der Böden. Die Notwendigkeit eines konsequenten grundlegenden Ansatzes wird durch die immer wieder auftretenden Lebensmittel-skandale aufgezeigt. Mit dem Schutz der Umwelt und einer konsequenten Agrarwende sichern wir unsere Lebensgrundlage – die Lebensmittel! Wir setzen uns für eine Förderung des ökologischen Landbaus ohne Gentechnik ein und sagen NEIN zur Degradierung aller Konsumenten zu unfreiwilligen „Testpersonen“! Für uns ist die Gesundheit von Mensch und Tier oberstes Anliegen.

Die Erzeugung von Nahrungsmitteln muss Vorrang haben vor der Erzeugung von Pflanzen zur Energieerzeugung. Die Spekulation auf Nahrungsmittelpreise ist zu unterbinden. Zu fördern ist der regionale Anbau, der auch lange Transport- und somit Energiekosten erspart.

Wir fordern eine Abkehr von der industriellen Massentierhaltung! Ökologischer Landbau ist zu fördern. Bäuerliche Betriebe waren und sind dadurch gekennzeichnet, dass sie weitgehend unabhängig aus dem Land produzieren. Massentierhaltungsanlagen sind darauf angewiesen, die Futtermittel für die Tiere zuzukaufen. Der Regenwald wird für die Produktion von (oft genmanipuliertem) Soja abgeholzt, der dann hier in Deutschland an Mastschweine verfüttert wird. Die massenhaft produzierte Gülle verseucht wiederum die Böden. Ökologische Betriebe arbeiten in einem Kreislaufsystem, in dem weitgehend auf chemische Zusatzdüngung verzichtet werden kann.

Die Landwirtschaft der Zukunft sehen wir mit gesetzlichen Regelungen für Anbauflächenbegrenzung, um riesigen, trostlosen Monokulturen und dem beschleunigten Artensterben Paroli bieten zu können!

Subventionen für Tierfabriken und Maiswüsten lehnen wir grundsätzlich ab. Unsere Bäuerinnen und Bauern tragen Verantwortung für hochwertige und vorrangig pflanzliche Nahrungsmittel, die die Menschen nicht durch chemische Düngungen, Pestizide etc. krank machen. Ökologisch und verantwortungsvoll arbeitende kleinbäuerliche Betriebe sind durch Subventionen zu unterstützen, um das Ungleichgewicht zu den Produkten aus profitorientierter tierquälerischer Massentierhaltung auszugleichen. Pflanzliche Produkte sind steuerlich zu bevorzugen. Es ist ein Unding, dass Fleisch und Wurst mit ermäßigter, Produkte wie bspw. milchähnlicher Pflanzendrinks mit voller Mehrwertsteuer extra verteuert und der bewusste Verbraucher quasi für seine gesunde Lebenseinstellung bestraft wird. Hier muss sich das Land auf Bundesebene für finanzielle Erleichterungen einsetzen.

## **IX. Stärkung des ländlichen Raums, Tourismusförderung**

Zur Entwicklung des ländlichen Raums ist eine Stärkung der Gemeinden notwendig. Dort haben sich - teilweise über Jahrhunderte - Gemeinschaften mit einer eigenen Identität gebildet. Industrielle Mastanlagen von meist ausländischen Investoren zerstörten kleinbäuerliche Landwirtschaft. Deren Chancen, insbesondere im ökologischen Anbau, sind zu verbessern. Der Bedarf an regional erzeugten biologischen Lebensmitteln nimmt aufgrund ständig neuer Lebensmittelskandale zu und kann im Moment aus heimischer Produktion überhaupt nicht gedeckt werden.

Stärkung des Direktmarketings und erleichterte regionale Vermarktung helfen kleinen landwirtschaftlichen Betrieben und Bauernhöfen mit ökologischer Ausrichtung, ihre Produkte abzusetzen, auch wenn sie nicht in den großen Handelsketten gelistet werden. Sie werden dadurch konkurrenzfähiger und durch eine bessere Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz eine echte Alternative zum Discounter.

Bessere Verkehrsanbindung an die nächstgrößere Stadt sorgen aber auch dafür, dass Menschen nicht mehr gezwungen sind, im Alter umzuziehen, weil sie sonst keine Arztpraxis mehr erreichen.

Auch eine Neubelebung leerstehender Häuser in einigen Gemeinden durch junge Familien, die nicht mehr zu befürchten haben, Lebensqualität wegen schlechter Erreichbarkeit von Schulen, mangelnder ärztlicher Versorgung und fehlender Einkaufsmöglichkeiten einzubüßen, hilft, aufkommende Wohnungsnot in den Großstädten zu lindern.

Neben seiner Geschichte kann Sachsen-Anhalt mit seiner Flora und Fauna punkten. Eine Chance sehen wir in der Schaffung von Ruheoasen. Großstadtbewohnerinnen und -bewohner, die mal für ein Wochenende aus ihrem Alltag heraus- und zur Ruhe kommen wollen, Krankenkassen, die ihren Mitgliedern die Möglichkeit zum Krafttanken anbieten möchten, sehen wir hier als potentielle Interessenten. Entwickeln ließe sich hieraus ein sanfter Tourismuszweig incl. Gastronomie, Lehrpfaden, Kräutergärten, Baumschulen, Kreativwerkstätten, therapeutische Angebote usw.)

## **X. Staatliche Neutralität gegenüber Religionsgemeinschaften**

Aus dem Grundsatz der religiösen und weltanschaulichen Neutralität des Staates folgt, dass der Staat auf eine am Gleichheitssatz orientierte Behandlung der verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu achten hat. Wo er mit Religionsgesellschaften zusammenarbeitet oder sie fördert, darf dies nicht zu einer Identifikation mit bestimmten Religionsgesellschaften oder zu einer Privilegierung bestimmter Bekenntnisse führen. Insoweit kann er auch zu Vorkehrungen organisatorischer Art verpflichtet sein, vgl. BVerfG Beschluss vom 12.05.2009 2 BvR 890/16 Rn 173.

Eine einseitige willkürliche Förderung einzelner Religionsgemeinschaften ist nicht hinzunehmen!

So wurde in Magdeburg eine neue Synagoge gebaut, aber nur für **eine** jüdische Religionsgemeinschaft - die orthodoxe. Die andere - liberale - jüdische Gemeinde ist von der Nutzung im Gottesdienst ausgeschlossen. Die Verantwortung dafür trägt die Landesregierung und sie bleibt weiterhin verpflichtet, den eindeutig formulierten Willen des Landtags durchzusetzen. Die neue Synagoge in Magdeburg wurde mit über 7 Mio € aus Steuermitteln finanziert. Das Grundstück hat die Landeshauptstadt Magdeburg - leider ohne jegliche Auflage - geschenkt. Nachvollziehbar und belegbar war das Ziel, auch eine Nutzung durch die liberale Gemeinde zu ermöglichen:

***"Die Zuwendung ist zweckgebunden. Sie dient gemäß der Erklärung der Synagogen-Gemeinde zu Magdeburg (...) allein der Finanzierung des Vorhabens Neubau einer freien Synagoge für jeden, der beten möchte, unabhängig von der Religion und Herkunft (...). Die Bewilligung erfolgt unter der***

***Auflage, dass die Synagoge für alle Menschen jüdischen Glaubens, gleich, welcher Strömungen, offensteht. Ein Verstoß gegen diese Auflage kann zum Widerruf der Zuwendung führen."***

Nun ist die Auflage nach Meinung der Landesregierung erfüllt, es könne ja jede Jüdin, jeder Jude gleich welcher Strömung in die Synagoge gehen und beten. In der Auslegung der Landesregierung mit der Bestimmung oder dem Nachsatz: "Ihr müsst natürlich orthodox beten..." Ein Gottesdienst nach liberalem Ritus ist also nicht möglich, dies aber war von Beginn an das Ziel aller Bemühungen. Dieser Standpunkt der Landesregierung ist absurd!

In der Ausschusssitzung vom 29.04.2026 wurde zur Petition "Zur Anerkennung des liberalen Judentums als gleichberechtigte Konfession neben konservativen Strömungen 8-B/00094" abschließend verhandelt. Wie im Protokoll nachzulesen ist, teilt der Ausschuss unser Verständnis für die Nutzung der neuen Synagoge in Magdeburg. Eine gleichberechtigte Nutzung besteht nicht darin, dass **liberale** Jüdinnen und Juden die Synagoge aufsuchen können, um darin nach **orthodoxem Ritus** beten zu müssen, sondern darin, dass auch das Gebet im Rahmen eines liberalen Gottesdienstes möglich sein muss - also als Mann und Frau gleichberechtigt und mit der Möglichkeit für Frauen, als Rabbinerinnen und Kantorinnen tätig zu sein. Von einem Protestanten erwartet man auch nicht, nach katholischem Ritus zu beten! Die Berichterstatterin des Ausschusses widerspricht damit endlich der Auffassung der Landesregierung, die sich nicht gewillt zeigt, die Bedingung für die Bewilligung der 7 Millionen Euro an Fördergeldern einzufordern bzw. wegen Nichterfüllung die Steuergelder zurückzufordern!

## **XI. Flüchtlingspolitik und Integration**

Als Partei, die sich auch für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt, stehen wir ohne Wenn und Aber für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingsen.

Wir fordern aber auch ein Konzept, das ständig an der Realität ausgerichtet werden muss. Hier muss der Verwaltung, die die Vorgaben des Landes und Bundes umzusetzen hat, Gehör gegeben werden. Diese Mahnung zum Realitätsbewusstsein darf nicht als rassistisch oder fremdenfeindlich diffamiert werden!

Eine Willkommenskultur steht nicht im Widerspruch zur Notwendigkeit, Einreisende zu registrieren. Sicherheitsmängel, die Einreise von Straftätern und Terroristen gefährdet das gesamte Projekt der Flüchtlingshilfe. Bedrohungen sind nicht hinzunehmen, Straftäter haben keinen Anspruch auf Asyl!.

Für Frauen und Mädchen sind niedrigschwellige Beratungsangebote zu schaffen, durch die sie Aufklärung über die Rechtsstellung der Frau in unserer Gesellschaft erfahren können und ihnen auf Wunsch Hilfe an die Seite gestellt wird. Perspektivisch ist die Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen zu realisieren; auch für Frauen und Mädchen aus anderen Kulturkreisen, die Zuflucht in unserem Land suchen, gilt, dass sie Männern gegenüber gleichberechtigt sind. Die Berichterstattung seit 2015 verdeutlicht, welche kulturelle Leistung die Gleichstellung der Frau war. Für uns ist sie selbstverständlich und uns bestürzt, wenn in manchen Kulturkreisen Töchter noch als Besitz der Familien gelten, verheiratet und/oder verstümmelt werden und dem Mann untergeordnet sind. Menschenrechte sind unteilbar und unverzichtbar!

## **XII. Denkmalschutz - Rettung der "Gläsernen Blume"**

Auch die Geschichte der DDR gehört zu unserem Land. Die Denkmäler dieser Epoche sind zu bewahren und zu schützen.

Die 1975/76 geschaffene Gläserne Blume, das Hauptwerk der damals in Magdeburg tätigen Glasgestalter Reginald Richter und Richard O. Wilhelm, lagert seit mehr als einem Jahrzehnt in einem Berliner Depot. Im Gespräch war die Aufstellung im Nachbau des Berliner Schlosses, dem Humboldt-Forum. Von dort kam aber inzwischen eine Absage: Neben der Aussage, dass die Aufstellung des Kunstwerks schwierig sei, wird als Hauptgrund aber benannt: "Das Kunstwerk wurde in seinen Proportionen und seiner Materialität für einen einzigartigen, heute nicht mehr erhaltenen Raum abgestimmt". (dpa vom 04.12.2019). Im Klartext: Niemand scheint für dieses einzigartige Werk einen Verwendungsort.

Unsere Partei beantragte daraufhin im Magdeburger Stadtrat die Prüfung, ob dem Dasein im Depot ein Ende gesetzt werden kann und die Gläserne Blume z. B. in der Hyparschale unter dem Oberlicht einen idealen Platz finden könnte. Dort würde ihre Wirkung voll zur Geltung kommen und andererseits kann sie dort dem architektonischen Werk von Ulrich Müther nach der Sanierung der Hyparschale einen neuen Glanzpunkt aufsetzen.

Die Stadt Magdeburg folgte dem Antrag nicht einmal dahingehend, den noch lebenden Glasgestalter zu kontaktieren. Dieser Umgang mit der jüngeren Geschichte ist respektlos.

Die Gläserne Blume ist als ehemaliger Treffpunkt im Palast der Republik in Berlin deutschlandweit bekannt und vielen Menschen unabhängig von der Ideologie der damaligen Zeit eine liebe Erinnerung. Die Aufstellung an dem Ort, an dem sie künstlerisch entworfen und geschaffen wurde, würdigt zudem das kreative Potential, das in Sachsen-Anhalt schlummert.

***Wir können anders leben. Beginnen wir damit, anders zu wählen.***

***Also: Verwähl dich nicht, denn du bekommst die Welt nicht besser gemeckert.***

---

Impressum:

Allianz für Menschenrechte, Tier- und Naturschutz

- TIERSCHUTZALLIANZ -

LV Sachsen-Anhalt

Gutenbergstraße 24, 39106 Magdeburg

Tel. 0391 56390846

[www.tierschutzallianz.de](http://www.tierschutzallianz.de)